

# Ein hannoverscher „Grandseigneur“ als Führer des deutschen Liberalismus. Zur politischen Vita von Rudolf von Bennigsen (1824–1902)

## *I. Ein verblasster Nachruhm*

Als Rudolf von Bennigsen am 7. August 1902 auf seinem Gut nahe Hannover starb, war die bürgerliche Presse fast unisono voll des Lobes für sein politisches Wirken. Dass dabei den Nationalliberalen nahestehende Blätter diesen Tenor anstimmten, konnte natürlich nicht verwundern: „Bennigsen war einer der glänzendsten Redner, ein Politiker von weitem Blick. Die Verdienste, die er sich um die Einigung Deutschlands erworben [hat], werden unvergessen bleiben.“<sup>1</sup> Aber auch linksliberale Blätter fügten sich in diesen Chor ein: „Er war so ziemlich der letzte aus der Reihe der glänzenden parlamentarischen Talente, die nicht minder großen Ruhm sich um die politische Wiedergeburt Deutschlands erwarben als die Generäle und Staatsmänner, denen unser Volk die Wiederaufrichtung des Reiches dankt.“<sup>2</sup> Ähnlich, wenn auch mit anderer Akzentsetzung, klang es in der – ehemals – offiziösen Presse: „Ein Edelmann in des Wortes bestem Sinne, ein glühender Patriot, ein pflichttreuer Mann auf der Stelle, wo er als Beamter tätig war.“<sup>3</sup>

Nur die in ihrer Reichweite eher begrenzte, am linken Rand des liberalen Lagers stehende Publizistik im Umfeld Friedrich Naumanns goss etwas Wasser in den lobeshymnen-getränkten Wein der Hauptstadt-Presse: Bennigsen's große Zeit habe vor 1878 gelegen, am Ende sei er „mehr national als liberal“ gewesen. Und überhaupt: „Als Politiker litt er wie alle liberalen Führer unter der übermächtigen Persönlichkeit Bismarcks.“<sup>4</sup> Dennoch

1 Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 368 v. 8.8.1902; vgl. National-Zeitung, Nr. 472 v. 8.8.1902: „nach der allgemeinen Ansicht einer der bedeutendsten Politiker Deutschlands“.

2 J.K. (= Isidor Kastan): Rudolf von Bennigsen †. In: Berliner Tageblatt, Nr. 399 v. 8.8.1902, vgl. Vossische Zeitung, Nr. 368 v. 8.8.1902: „ein im besten Sinne des Wortes vornehmer Charakter und ein Mann von hohen geistigen Gaben“.

3 Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 185 v. 9.8.1902.

4 Die Hilfe, Nr. 33 v. 17.8.1902.

wollte ihm auch die „Hilfe“ ein ehrendes Andenken wahren. Friedrich Naumann, der wohl auch Autor des eben zitierten anonymen „Hilfe“-Artikels gewesen sein dürfte, merkte an anderer Stelle noch etwas maliziös an: „Der Mann, der unter anderen Umständen ein deutscher Gladstone hätte werden können, wurde schließlich nichts anderes als Oberpräsident von Hannover.“ Der große Fehler Bennigsen sei ein falscher Umgang mit Bismarck gewesen, einmal in der Spätphase des Verfassungskonflikts und dann in der Kanzler-Krisis von 1877/78. Auch wenn Bennigsen zweifellos nicht zur entscheidenden Instanz deutscher Politik geworden wie der eine halbe Generation ältere William Ewart Gladstone auf der britischen Insel im ausgehenden viktorianischen Zeitalter, zollte ihm auch Naumann ein hohes Maß an Anerkennung.<sup>5</sup>

Ein Nachklang dieser etwas distanzierteren Haltung findet sich ein Vierteljahrhundert später bei Naumanns bekanntestem politischen Anhänger. Theodor Heuss nahm zwar Rudolf von Bennigsen, anders als etwa dessen zeitweiligen Mitstreiter und späteren Antagonisten Emanuel Lasker, in sein Nachschlagewerk für die politische Bildung auf, urteilte dabei aber etwas herablassend: „B. ist der vornehmste Repräsentant des maßvollen, in seinen Zügen etwas weichen Liberalismus d. Reichsgründungszeit, d. Sprecher des beschwingten Patriotismus seiner Zeit.“<sup>6</sup>

Ganz anders klang das fast zeitgleich bei Gustav Stresemann, als er die Festrede zum 60. Jahrestag der Gründung der Nationalliberalen Partei hielt. Schon die Wahl des Veranstaltungsortes – Hannover – war in gewisser Weise eine Hommage an Bennigsen. Der DVP-Vorsitzende stellte dabei den hannoverschen Politiker als einen von zwei Persönlichkeiten heraus, die ihn geprägt hätten:

„Eine vornehme und edle Denkart, ein untrügliches nationales Gewissen, eine ebenso bewußte wie unerschütterliche, freiheitliche Auffassung in allen Kulturfragen haben ihn ausgezeichnet und als der Besten einer seiner Zeit ist er durch die deutsche Geschichte geschritten.“<sup>7</sup>

Im Rahmen der Feierlichkeiten fand auch eine Kranzniederlegung am 1907 errichteten und im Zweiten Weltkrieg dem Materialmangel zum Opfer

5 Friedrich Naumann: Rudolf von Bennigsen. In: Die Zeit, Nr. 46 v. 14.8.1902, S. 611–614, Zitat S. 613.

6 Theodor Heuss: Politik. Ein Nachschlagewerk für Theorie und Praxis. Halberstadt 1927, S. 22.

7 Gustav Stresemann: Reden der Kanzler- und Außenministerzeit (1923–1929, hier 1927), S. 130. <<https://neuestegeschichte.uni-mainz.de/internationale-politik/stresemann-rede-n/reden-1923-1929/>> (25.1.2024).

gefährten Bennigsen-Denkmal<sup>8</sup> im Maschpark von Hannover statt.<sup>9</sup> Die zweite, für Stresemann wegweisende Persönlichkeit war übrigens Ernst Bassermann, mittelbarer Nachfolger Bennigsen an der Spitze der National-liberalen Partei, wobei Stresemann bewusst oder unbewusst ausblendete, dass Bennigsen von Bassermanns Anfängen als Parteivorsitzendem wenig angetan war.<sup>10</sup> Andererseits hatte sich auch Bassermann gelegentlich auf Bennigsen berufen, wenn er seine Parteikollegen auf einen „mittelparteilichen“ Kurs festlegen wollte.<sup>11</sup>

Nach Stresemanns Huldigung aber verblasste der Ruhm Bennigsen, ablesbar vor allem an der geringen bzw. allenfalls ausschnittsweisen Bedeutung, die ihm in der Fachhistorie zugekommen ist: Biographien im engeren Sinne stammen aus dem frühen 20. Jahrhundert,<sup>12</sup> eine Untersuchung zu seinem Wirken in der Provinz Hannover erschien vor rund 60 Jahren.<sup>13</sup> Eine letzte umfangreichere Würdigung wurde im Umfeld der Gründung der Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung, der FDP-nahen Landesstiftung für Niedersachsen, publiziert.<sup>14</sup> Größere Aufmerksamkeit aus der über vierzig-jährigen politischen Wirksamkeit Bennigsen haben vor allem seine Rolle als Vorsitzender des Deutschen Nationalvereins zwischen 1859 und 1867<sup>15</sup> sowie sein Anteil am Entstehen der Verfassung für den Norddeutschen Bund respektive das Kaiserreich gefunden.<sup>16</sup> Für die Bismarck-Historiographie war daneben noch die scheinbare Möglichkeit seines Eintritts in das preußische Kabinett von Interesse, was allerdings für neuere Werke nicht mehr gleicherweise gilt.<sup>17</sup> Erstaunlich wenig Beachtung wurde Bennigsen

8 Vgl. <<https://stadthistorie.info/vergleich/148/Rudolf%20von%20Bennigsen%20Denkmal>> (12.5.2024).

9 Vgl. Stresemann: Reden (wie Anm. 7), S. 134, Anm. 30.

10 Vgl. ebd., S. 135–139; sowie Hermann Oncken: Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Bd. 2: Von 1867 bis 1902. Stuttgart/Leipzig 1910, S. 609.

11 Vgl. Holger J. Tober: Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus. Husum 1999, S. 325, 388.

12 Neben Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), der aber nicht nur wegen seiner Materialfülle weiterhin unersetztlich ist; Adolf Kiepert: Rudolf von Bennigsen. Rückblick auf das Leben eines Parlamentariers. 2. Aufl. Hannover/Berlin 1903.

13 Dieter Brosius: Rudolf von Bennigsen als Oberpräsident der Provinz Hannover 1888–1897. Hildesheim 1964.

14 Der Nationalliberalismus in seiner Epoche: Rudolf von Bennigsen. Gedenkschrift anlässlich der Gründung der Rudolf von Bennigsen-Stiftung. Baden-Baden 1981.

15 Vgl. dazu vor allem Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf 1994.

16 Vgl. Klaus-Erich Pollmann: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund. Düsseldorf 1985; sowie jüngst Oliver F. R. Haardt: Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreiches. Darmstadt 2020.

17 Vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. 3. Aufl. München 1980, S. 554–563; Otto Pflanze: Bismarck and the Development of Germany. Bd. II: The Period of Consolidation.

auch in jüngeren Untersuchungen zur lange vernachlässigten Nationalliberalen Partei zuteil.<sup>18</sup>

Es gibt also durchaus Anlass, sich zum 200. Geburtstag mit Bennigsons politischem Wirken zu befassen, nach seinem Verständnis von Liberalismus und seiner Bedeutung für diesen zu fragen, wobei der nationale Politiker im Kaiserreich im Vordergrund steht.

## *II. Herkunft und politische Anfänge*

Bennigsons Vorfahren kamen aus dem „innersten Kern des späteren Königreiches Hannover“, zumindest seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert war das Gut beim gleichnamigen Dorf am Rande des Deisters südwestlich der Hauptstadt im Besitz der Familie.<sup>19</sup> Sie gehörte zum niederen Adel, dessen Besitz wie auch in diesem Fall eher „mäßig“ war, so dass sie auf andere Einnahmequellen, typischerweise im Staatsdienst, insbesondere im Militär, angewiesen war. Der Urgroßvater und auch der Großvater dienten zwischen dem Siebenjährigen Krieg und der Schlacht von Jena und Auerstedt in der preußischen Armee.<sup>20</sup> Bennigsons Vater Karl sah diese Möglichkeit nach 1806 nicht und studierte zunächst Jura, ehe auch ihn die Befreiungskriege zum Militär führten, wo er es in hannoverschen Diensten bis zum Generalmajor brachte. Rudolf von Bennigsons Mutter entstammte ebenfalls einer Offiziersfamilie, allerdings sowohl mit hugenottischer als auch hannoverscher Herkunft.<sup>21</sup> Die Familientradition wies also in doppelte Richtung und dies gleich zweifach: Da waren die unbestreitbar starken hannoverschen Wurzeln, aber gegenüber Preußen bestanden keine Berührungsängste. Und

Princeton/Oxford 1990, S. 375–387; vgl. dagegen die knappe Erwähnung bei Christoph Nonn: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert. München 2015, S. 241 f.

18 Vgl. Karl Heinrich Pohl: Die Nationalliberalen – eine unbekannte Partei? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 3 (1991), S. 82–112, und Dieter Langewiesche: Bismarck und die Nationalliberalen. In: Lothar Gall (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Parteien. Paderborn 2001, S. 73–89, hier knappe Erwähnung der Ministerkandidatur, ebd., S. 87 f. Anders bei Ansgar Lauterbach: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866–1880). Frankfurt a. M. 2000, vgl. aber jüngst ders.: Liberales Denken – der Kampf um die Deutungshoheit. Nationalliberaler Politikstil im frühen Kaiserreich. Berlin 2024, wo Bennigsen erst am Ende des Untersuchungszeitraumes 1871–1878 stärker in Erscheinung tritt.

19 Hermann Oncken: Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Bd. 1: Bis zum Jahre 1866. Stuttgart/Leipzig 1910, S. 48 f.

20 Ebd., S. 49 f.; auch ein jüngerer Bruder Rudolfs fiel 1866 als preußischer Leutnant, ebd., S. 67 mit Anm. 3.

21 Vgl. neben ebd., S. 50–63; Hans Herzfeld: Bennigsen, Karl Wilhelm Rudolf von. In: Neue Deutsche Biographie 2 (1955), S. 50–52.

da war die Neigung zum Militär, aber auch das Justizwesen und die Verwaltung galten als Karrierewege, um die eigene Stellung zu verbessern.

Diesen letzteren Weg wollte nach bestandenem Abitur 1842 auch Rudolf von Bennigsen gehen und zwar weniger aus Neigung als vielmehr deswegen, weil Jura neben dem Militär das einzige „standesgemäße“ Berufsfeld für Adlige war.<sup>22</sup> Diese „noble“ Tendenz sollte auch den Politiker Bennigsen prägen.<sup>23</sup> Das Studium in Göttingen und insbesondere in Heidelberg, u.a. bei Georg Gottfried Gervinus, war nicht zuletzt wegen des burschenschaftlichen Engagements eine echte Horizonterweiterung in Richtung liberaler Gedankenwelt.<sup>24</sup>

Einen weiteren Schub in diese Richtung brachte die Revolution von 1848, die der gerade zum Kanzleiauditor im hannoverschen Justizdienst ernannte Bennigsen z. T. direkt bei seinen Eltern in Frankfurt miterlebte. Dabei gehörten seine Sympathien nicht etwa – wie man erwarten könnte – der Casino-Partei, sondern offenbar dem Linken Zentrum, also dem liberal-demokratischen Spektrum.<sup>25</sup> Zeitweise überlegte er sogar, sich als Diplomat in den Dienst der neuen Reichsregierung zu stellen, was „zu seinem Heile“ nicht zustande kam.<sup>26</sup> Mit der Paulskirchen-Verfassung verband er noch im Juni 1849 nationalpolitische Hoffnungen, in jedem Fall mehr als mit dem preußischen Unionsprojekt.<sup>27</sup> Die Bedeutung der Nationalversammlung für seine politische Entwicklung hat auch der greise Rudolf von Bennigsen nicht unterdrückt. Bei den Feierlichkeiten zu seinem siebzigsten Geburtstag stellte er sich und seine Politik in die Tradition von 1848: Immer sei es ihm um „[d]ie Einigung Deutschlands zu einem mächtigen, kraftvollen Bundesstaat mit freiheitlicher Verfassung, mit einem frei gewählten Parlament, welchem in der Ordnung des Vaterlandes ein gewisser Mitantheil gewährt werden sollte“, gegangen.<sup>28</sup> Dieses Ziel sei noch nicht erreicht, deshalb forderte Bennigsen bei dieser Gelegenheit „eine große nationale

22 Vgl. Oncken, Bennigsen. Bd. 1 (wie Anm. 19), S. 74.

23 Vgl. Hermann Oncken: von Bennigsen, Karl Wilhelm Rudolf. In: Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog 7 (1905), S. 267–290, hier S. 268.

24 Vgl. Oncken, Bennigsen. Bd. 1 (wie Anm. 19), S. 95 f.

25 Vgl. ebd., S. 144, 157. Anders als Oncken hat Kiepert: Bennigsen (wie Anm. 12), S. 2, die Revolutionszeit weitgehend ausgeblendet, obwohl bzw. vielleicht auch weil er selbst Mitglied der Nationalliberalen war, vgl. ebd.

26 Oncken: von Bennigsen (wie Anm. 23), S. 270 (Zitat); etwas anders ders.: Bennigsen. Bd. 1 (wie Anm. 19), S. 158 f.

27 Vgl. ebd., S. 172–174.

28 Zitiert nach Adolf Kiepert: Die Bennigsen-Feier in Hannover am 9., 10. und 11. Juli 1894. Hannover 1894, S. 67.

Partei [...], die die Arbeit von 1848 wieder aufnehmen sollte“<sup>29</sup> Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Bennigsens eigene politische Karriere begann unter regionalpolitischen Vorzeichen, zur Jahreswende 1855/56 wurde der nunmehrige Obergerichts-assessor für einen ostfriesischen Wahlkreis in die Zweite Kammer des Königreichs Hannover gewählt.<sup>30</sup> Hier traf er auf eine Regierung, die mit allen Mitteln versuchte, die Errungenschaften von 1848 abzuwickeln. Offenbar war der neue Abgeordnete für Aurich als Oppositioneller bekannt, denn die für das Mandat notwendige Beurlaubung wurde ihm verwehrt. Bennigsen tat daraufhin einen für ihn schwierigen Schritt, er schied aus dem Staatsdienst aus, sich der gesellschaftlichen Konsequenzen wohl bewusst seiend. „[I]ch brach eigentlich mit meiner ganzen Vergangenheit, mit meinem ganzen sozialem [sic!] Umfeld“, so im Rückblick 1895.<sup>31</sup> Dies könnte erklären, dass Bennigsen seinen „agrarischen Hintergrund“, den er seit der fast zeitgleichen Übernahme des von seinem Vater wirtschaftlich konsolidierten Familiengutes hatte,<sup>32</sup> später nicht herausstellte bzw. verschwieg: Als Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag machte er im Gegensatz zu seinen Kollegen keine Berufsangabe,<sup>33</sup> im deutschen Reichstag gab er dann dazu seine staatlichen Funktionen als Landesdirektor bzw. Oberpräsident in der Provinz Hannover an.<sup>34</sup>

Schon Anfang 1857 kam es zu Neuwahlen, bei denen sich Bennigsens Kontakte zum nationalen Liberalismus Hannovers erstmals bewährten, denn er wurde gleich zweimal – in Göttingen und im Wendland – erneut gewählt.<sup>35</sup> Schnell machte er sich auch überregional einen Namen als „Hauptführer der hann. Demokratie gegen das Ministerium Borries“, so die Selbstdarstellung Bennigsens ein Jahrzehnt später.<sup>36</sup> Vor allem knüpfte er wichtige Verbindungen zu den entstehenden Netzwerken der neuen, auf Preußen ausgerichteten liberalen Nationalbewegung wie dem Kongress Deutscher Volkswirte.<sup>37</sup>

29 Ebd., S. 70.

30 Oncken: Bennigsen. Bd. 1 (wie Anm. 19), S. 274 f.

31 Zitiert nach ebd., S. 280; zum Hintergrund ebd., S. 277 f.

32 Vgl. ebd., S. 275 mit Anm. 4.

33 Hirth's Parlamentsalmanach. II. Ausgabe. Berlin 1867, S. XLI.

34 Georg Hirth (Hrsg.): Deutscher Parlamentsalmanach. 9. Ausgabe, Berlin 1871, S. 159 und Amtliches Reichstags-Handbuch. 9. Legislaturperiode 1893/98. Berlin o. J., S. 143.

35 Oncken: Bennigsen. Bd. 1 (wie Anm. 19), S. 283 f.

36 Hirth's Parlamentsalmanach (wie Anm. 33), S. XLI; fast gleichlautend in Hirth: Parlamentsalmanach (wie Anm. 34), S. 159. 1893 heißt es weniger „verfänglich“: „1856–1866 Führer der Hannoverschen Opposition“, vgl. Amtliches Reichstags-Handbuch (wie Anm. 34), S. 143.

37 Biefang: Politisches Bürgertum (wie Anm. 15), S. 50, 59, 67.

Auch Bennigsens nationalpolitische Hoffnungen richteten sich auf Preußen, nachdem dort Ende 1858 ein Bruch mit der reaktionären Politik des vorangegangenen Jahrzehnts erfolgt war. Mitte 1859 hatte er maßgeblichen Anteil daran, dass in Hannover im Einklang mit ähnlichen Bekundungen in anderen Teilen Deutschlands eine Erklärung von liberalen Persönlichkeiten publiziert wurde, die „nach einer mehr einheitlichen Verfassung Deutschlands unter Beteiligung von Vertretern des deutschen Volks an der Leitung seiner Geschicke“ verlangte.<sup>38</sup> Explizit wurde dabei von der preußischen Regierung gefordert, sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen, wobei der gerade beendete Krieg zwischen Sardinien-Piemont und Frankreich einerseits und der Habsburgermonarchie andererseits in Oberitalien sowohl Mahnung – wegen der französischen Einmischung – als auch Vorbild war, da es um die nationale Einigung Italiens ging.

Aus dieser und anderen Manifestationen ging nach italienischem Vorbild wenig später der Deutsche Nationalverein als Dachorganisation der wieder zum Leben erwachten liberalen Nationalbewegung hervor. An deren Spitze stand von Anfang an Rudolf von Bennigsen, was nicht nur angesichts von dessen recht kurzer politischer Karriere, verglichen mit den „48ern“ wie Hermann Schulze-Delitzsch oder Hans-Viktor von Unruh, eine Überraschung war. Bei der dezidiert kleindeutsch-propreußischen Ausrichtung des Nationalvereins lag dessen Schwerpunkt quasi zwangsläufig in Preußen, dem größten Staat im außerösterreichischen Deutschland, von wo auch das Gros der Mitglieder kam, deren Zahl zeitweise die 20.000-Marke überschritt.<sup>39</sup> Hannover wies zunächst nicht einmal ein Zehntel der preußischen Mitgliedschaft auf, stieg dann aber bis 1866 zum zweitstärksten „Landesverband“ auf mit fast dreißig Prozent der Zahlen in Preußen, was sicherlich auch mit Rudolf von Bennigsen zu tun hatte und auf die zukünftige politische Ausrichtung der neuen preußischen Provinz hinwies.

Doch von Anfang an ließen die „Helden“ der 48er-Revolution in Preußen dem politischen Newcomer aus dem Nachbarstaat den Vortritt.<sup>40</sup> Dahinter steckte wohl ein doppeltes Kalkül: Einmal sollte der Nationalverein mit seinem gesamtdeutschen Anspruch – außerhalb der Donaumonarchie – natürlich nicht auf den norddeutschen Großstaat begrenzt bleiben, sondern Anhänger im außerpreußischen Deutschland gewinnen, wofür eine

38 Zitiert nach Oncken: Bennigsen. Bd. 1 (wie Anm. 19), S. 325.

39 Vgl. zu den Mitgliederzahlen und deren regionale Verteilung Biefang: Politisches Bürgertum (wie Anm. 15), S. 101 u. 104, wonach Preußen 1860 53 Prozent der Mitglieder stellte, 1861 50 Prozent, aber 1864 nur noch knapp 46 Prozent. Ebd., S. 437–447 auch Kurzbiographien der Ausschuss-Mitglieder des Nationalvereins.

40 So Bennigsen selbst 1894, vgl. Kiepert: Die Bennigsen-Feier (wie Anm. 28), S. 70.

„nicht-preußische“ Leitfigur eher geeignet schien. Und es ging um die Zusammenführung der seit 1848 auseinanderdriftenden Lager von Konstitutionellen und Demokraten;<sup>41</sup> auch dafür schien ein nicht in die Lagerkämpfe von 1848 involvierter Politiker wie Bennigsen hilfreich zu sein. Schließlich gehörte er zu den wenigen Adligen im Nationalverein,<sup>42</sup> was auch dessen „klassen-“ bzw. „standesüberschreitenden“ Anspruch zu unterstreichen schien. Unabhängig davon, wie das Kalkül gewesen sein mag, Bennigsen erwarb sich solche Reputation, dass seine Führungsrolle nicht in Frage gestellt und er 1863 beinahe einmütig wiedergewählt wurde.<sup>43</sup>

### *III. Mitbegründer des Norddeutschen Bundes*

Obwohl die Bestrebungen des Nationalvereins, die preußische Führung eindeutig ins liberal-nationale Fahrwasser zu ziehen, an Bismarcks Strategie scheiterten, war Bennigsen als nomineller Führer der Nationalbewegung eine wichtige politische Figur, als sich 1866/67 durch den preußischen Ministerpräsidenten die politische Szenerie grundlegend änderte. Bennigsen hatte Bismarcks Politik nach 1862 eher distanziert und skeptisch gegenüber gestanden und umso heftiger als Gegengewicht die Wiedereinsetzung der Paulskirchen-Verfassung von 1849 propagiert.<sup>44</sup> Als Bismarck im Vorfeld seiner „Revolution von oben“ im Frühjahr 1866 den Kontakt mit dem Vorsitzenden des Nationalvereins suchte, wollte sich dieser auch nach dem preußischen Erfolg bei Königgrätz keineswegs bedingungslos vor dessen Karren spannen lassen, sondern forderte innenpolitische Zugeständnisse, wie sie dann mit der Indemnitätsvorlage in Aussicht gestellt wurden.<sup>45</sup> Seine nach wie vor pro-preußische Grundeinstellung stand nicht in Frage, nachdem er zu Beginn des Krieges von 1866 die Zweite Kammer in Hannover dazu gebracht hatte, mit großer Mehrheit, aber letztlich vergeblich für Neutralität zu votieren, was faktisch einer Unterstützung Preußens gleichkam.<sup>46</sup> Das sollte ihm später von konservativer bzw. welfischer

41 Vgl. Biefang: Politisches Bürgertum (wie Anm. 15), S. 47, 74.

42 Vgl. ebd., S. 301.

43 Ebd., S. 294, Anm. 22.

44 Vgl. ebd., S. 202, 367, 376.

45 Ebd., S. 294, 310, 421.

46 Vgl. ebd., S. 401; und Oncken: von Bennigsen (wie Anm. 23), S. 276.

Seite, aber auch vom Vorsitzenden der Sozialdemokratie August Bebel als Landesverrat wiederholt vorgeworfen werden.<sup>47</sup>

Zunächst einmal erleichterte diese Position aber das Sich-Einstellen auf die neue Situation nach dem Frieden von Nikolsburg, der das Ende der eigenständigen staatlichen Existenz von Bennigsens Heimat, des Königreichs Hannover, bedeutete. Ein erheblicher Teil der hannoverschen Bevölkerung stand aufgrund ihrer Anhänglichkeit an die abgesetzte Dynastie der Welfen fortan in Opposition zu Bismarck und Preußen.<sup>48</sup> Nicht so Bennigsen, der zudem nicht wie viele preußische Liberale die Erbitterungen des dortigen Verfassungskonfliktes direkt erfahren hatte. Anders auch als große Teile der preußischen Fortschrittspartei, von der hauptsächlich die bisherige innerpreußische Opposition gegen Bismarck ausgegangen war, wollte er die Situation pragmatisch nutzen, als deutlich wurde, dass Bismarck sein Versprechen der Beteiligung einer Volksvertretung am nationalpolitischen Einigungswerk einhielt. Diese wurde fortan zum Ausgangspunkt von Bennigsens Politik: In den für das Frühjahr 1867 angesetzten Verfassungsberatungen für den neuen Norddeutschen Bund gälte es, „in der Hauptsache ausreichende Befugnisse auch für den Reichstag durchzusetzen“<sup>49</sup>

Damit begann das, was von der jüngeren Forschung in fußballerischer Analogie „Kontrollierte Offensive“ genannt worden ist.<sup>50</sup> Bennigsen war einer von achtzig Reichstags-Abgeordneten der kurz zuvor gegründeten Nationalliberalen Partei und gehörte dem Fraktionsvorstand an, auch um den Anspruch der neuen Partei als Fortsetzung des Nationalvereins zu unterstreichen.<sup>51</sup> Bei den Wahlen im Februar 1867 hatte er doppelt kandidiert und war im achten hannoverschen Wahlkreis, den die ehemalige Hauptstadt bildete, einem welfisch-konservativen Kandidaten unterlegen, setzte sich aber in Hannover 19, ganz im Norden der neuen preußischen Provinz an der Elbmündung gelegen, eindeutig durch.<sup>52</sup> Dieser Wahlkreis wurde fortan Bennigsens parlamentarische Basis; es war – zumindest in

47 Brosius: Bennigsen (wie Anm. 13), S. 39–41, Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 464; Kiepert: Bennigsen (wie Anm. 12), S. 182.

48 Vgl. Hans-Georg Aschoff: Bennigsen, der hannoversche Adel und die welfische Bewegung. In: Der Nationalliberalismus (wie Anm. 14), S. 59–75, hier S. 69.

49 An seine Frau, 3.3.1867, zitiert nach Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 30.

50 Vgl. Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), bes. Kap. 5, übernommen von Langewiesche: Bismarck (wie Anm. 18), S. 83.

51 Vgl. Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 48; sowie Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 24; Pollmann: Parlamentarismus (wie Anm. 16), S. 167. Allerdings ist Bennigsen's Führungsrolle in Fraktion und Partei formal gesehen angesichts der unübersichtlichen Parteorganisation und häufig kollektiver Führung nicht so ganz klar.

52 Vgl. Kiepert: Bennigsen (wie Anm. 12), S. 50f.

den ersten Jahrzehnten des Kaiserreiches – ein sogenannter „Riviera-Wahlkreis“, d. h. der Kandidat der führenden Partei konnte mangels ernsthafter Konkurrenten im Wahlkampf getrost in Urlaub fahren.<sup>53</sup> Bennigsen lehnte es deshalb auch zunächst ab, sich persönlich am Wahlkampf zu beteiligen.<sup>54</sup> Das änderte sich in den späten 1870er Jahren, wobei allerdings Bennigsons Eingreifen in den Wahlkampf außerhalb seines eigenen Wahlkreises stattfand, den er bis 1881 immer im ersten Wahlgang gewann.<sup>55</sup>

Im Hinblick auf die Stärkung des parlamentarischen Einflusses und des Zentralismus erreichten Bennigsen und die Nationalliberalen Einiges, bedenkt man die Rahmenbedingungen mit einer triumphierenden preußischen Führung, der im verfassungsberatenden Reichstag ein zersplittetes liberales Lager ohne eigene Mehrheit gegenüberstand: Die Nationalliberalen verfügten über etwa achtzig und die „Linke“ Rest-Fortschrittspartei über 19 Sitze, dazu kamen etliche Konservativ-Liberale, die zusammen keine Mehrheit bildeten; allerdings kam auch das konservative Lager nicht an die notwendigen rund 150 Sitze heran, so dass „lagerübergreifende“ Kompromisse notwendig waren.<sup>56</sup> In den weniger als zwei Monate dauernden Verfassungsberatungen wurde das Budgetrecht gestärkt und prinzipiell auch auf die Militärausgaben ausgedehnt, auch wenn diese immer für mehrere Jahre festgelegt wurden. Die wichtigste Änderung ging auf Bennigsen direkt zurück: Mit der „Lex Bennigsen“ wurde die Position des Reichskanzlers von einem „Notar“ der Exekutive zu einem dem Parlament „verantwortlichen“ Chef der Reichsexekutive verändert, womit sich das ganze politische System hin zu einem „konstitutionell-unitarischen Regierungssystem“ wandelte, das die Möglichkeit zu einem echten Parlamentarismus eröffnete, was jüngst noch als „großer Erfolg“ der Nationalliberalen gewertet worden ist.<sup>57</sup>

Solche Erfolge konnten Bismarck nicht aufgezwungen werden, sondern mussten mit dem bisherigen preußischen Ministerpräsidenten und nunmehrigen Reichskanzler ausgehandelt werden; das wurde zu einer Kon-

53 Vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992, S. 500 f.

54 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 242; Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 84.

55 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 378, 474 f.; Kiepert: Bennigsen (wie Anm. 12), S. 51; zur Struktur des noch um 1900 weitgehend landwirtschaftlich geprägten Wahlkreises mit 95 Prozent Protestant-Anteil vgl. Carl-Wilhelm Reibel: Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse – Ergebnisse – Kandidaten. Bd. 1. Düsseldorf 2007, S. 669.

56 Die Fraktionsstärke bei Pollmann: Parlamentarismus (wie Anm. 16), S. 171.

57 Haardt: Bismarcks ewiger Bund (wie Anm. 16), S. 257–260, Zitate S. 257, 260.

stante in Bennigsen's politisch-parlamentarischem Wirken. Dies hatte eine Nähe zu Bismarck zur Folge, die immer auch die Gefahr der Abhängigkeit und der Instrumentalisierung barg. Solches zeigte sich schon im Frühjahr 1867, als Bennigsen in der Luxemburg-Krise mit einer parlamentarischen Interpellation Bismarck die Chance gab, seine geheime Bündnispolitik öffentlich zu machen. Die damit verbundenen Schutz-und-Trutz-Verträge des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten waren zwar im Sinne der Nationalliberalen, aber man ließ sich erstmals von Bismarck „einspannen“.<sup>58</sup>

Dennoch war Bennigsen mit dem Ergebnis der Verfassungsberatungen überaus zufrieden: „Es ist der größte Fortschritt hier definitiv begründet, den Deutschland seit der Reformation gemacht hat, und jeder, welcher dazu mitgewirkt hat, wird noch einmal darauf stolz sein können.“<sup>59</sup> Bei der Wählerschaft drang dies aber – noch – nicht durch: Die Nationalliberalen konnten sich im Gegensatz zu den oppositionellen Linksliberalen nur minimal verbessern, Bennigsen wurde ohne Probleme im August 1867 in den ersten ordentlichen Reichstag gewählt, wobei in der Provinz Hannover ein Zugewinn von fünf Mandaten gelang und die Nationalliberalen nun in 13 von 19 Wahlkreisen vorherrschten.<sup>60</sup>

Ein echter Durchbruch zum parlamentarischen System kam auch in der nächsten Legislaturperiode nicht zustande, wenn er denn von Bennigsen und seinen Mitstreitern überhaupt angestrebt worden ist. In der Forschung wird das generell<sup>61</sup> oder zumindest für die Zeit vor 1877 verneint.<sup>62</sup> Dabei ist immer mit zu berücksichtigen, dass in der gesamten Epoche des ausgehenden 19. Jahrhunderts für Europa nicht die parlamentarische Monarchie oder Republik, sondern der „monarchische Konstitutionalismus die maßgebliche Verfassungsform“ darstellte.<sup>63</sup> Gerade das später so häufig idealisierte Vorbild Großbritannien legte der großen Mehrheit der Liberalen eine „Politik der kontinuierlichen, kleinen Reformschritte als idealen Weg“

58 Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 34 f.

59 An seine Frau, 19.4.1867, zitiert nach ebd., S. 62.

60 Vgl. Pollmann: Parlamentarismus (wie Anm. 16), S. 279–281.

61 Vgl. Klaus Erich Pollmann: Der Nationalliberale Rudolf von Bennigsen. In: Der Nationalliberalismus (wie Anm. 14), S. 21–39, hier S. 31 f., wenngleich Pollmann bei den preußischen Nationalliberalen andere Ziele sieht.

62 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 358; Andreas Biefang: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871–1890. Düsseldorf 2009, S. 30.

63 Johannes Paulmann: Globale Vorherrschaft und Fortschrittsglaube. Europa 1850–1914. München 2019, S. 298.

nahe.<sup>64</sup> Bewusst oder unbewusst sah auch Bennigsen dies als seinen politischen Kurs an, was angesichts der Verhältnisse nach 1866 aus liberaler Sicht fast alternativlos schien.

In anderer Hinsicht konnte man aus dieser Perspektive bzw. der des inzwischen aufgelösten Nationalvereins auch große Erfolge verbuchen: Im dritten der sogenannten „Einigungskriege“ vollzog sich der Anschluss Süddeutschlands 1870/71 an den Norddeutschen Bund und es entstand der so sehr herbeigesehnte kleindeutsche Staat mit dem preußischen König als Kaiser an der Spitze, wie es auch von der Paulskirche mehrheitlich gewollt worden war. Bennigsen begrüßte diese Entwicklung, „nie war Deutschland in einer so kräftigen Monarchie geeint, wie es das neue Kaiserreich sein wird“<sup>65</sup> Um das Ziel nicht zu torpedieren, verzichtete er wie seine Fraktionskollegen darauf, die Verfassung zu revidieren, und akzeptierte auch die in ihren Augen schädlichen Sonderverträge mit einigen süddeutschen Ländern. Zu diesem Zeitpunkt amtierte Bennigsen seit zwei Jahren als Landesdirektor der Provinz Hannover. Dies war zwar die oberste Position der provinziellen Selbstverwaltung, die er für zwanzig Jahre innehaben sollte,<sup>66</sup> bedeutete jedoch eine Einbindung in das preußische Herrschaftsregiment, was einem dezidiert oppositionellen Kurs im Parlament dauerhaft eher hinderlich gewesen sein dürfte.

#### *IV. Bennigsen und die „Liberale Ära“*

Der eingangs zitierte Anspruch der Nationalliberalen als Nachfolgepartei der liberalen Nationalbewegung der Reichsgründungszeit, großen Anteil an der Nationalstaatsgründung gehabt zu haben, fand nun auch Anklang bei den Wählern: Bei der Reichstagswahl im März 1871 konnten sie ihren Mandatsanteil von rund 27 auf 33 Prozent steigern, 1874 sogar auf knapp vierzig Prozent.<sup>67</sup> Dabei kam der Zugewinn zunächst aus den Wahlkreisen jenseits der preußischen Kerngebiete, also von den „Neupreußen“ und Süddeutschen, 1874 dann auch von den „Altpreußen“. Bennigsen war damit Vorsitzender der bei weitem stärksten Fraktion und einzigen Partei, die den

64 Richard J. Evans: Das europäische Jahrhundert. Ein Kontinent im Umbruch 1815–1914. 2. Aufl. München 2020 (engl. Originalausgabe Toronto 2016), S. 321.

65 Im Reichstag am 9.12.1870, zitiert nach Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 203.

66 Vgl. Oncken: von Bennigsen (wie Anm. 23), S. 277.

67 Vgl. Jürgen Fröhlich: Preußentum und Liberalismus nach 1867. In: Ders./Esther-Beate Körber/Michael Rohrschneider (Hrsg.): Preußen und Preußentum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin 2002, S. 145–162, hier S. 157–159.

Charakter einer gesamtdeutschen Volkspartei hatte.<sup>68</sup> Gemeinsam mit den Linksliberalen verfügte man – zum einzigen Mal in der Geschichte des Kaiserreiches – über eine Parlamentsmehrheit. Die Nationalliberalen und allen voran Bennigsen befanden sich, wie man es treffend genannt hat, „im Vorhof der Macht“.<sup>69</sup>

In der sogenannten „Liberalen Ära“ während der 1870er Jahre wurde diese Stellung von den Liberalen auch genutzt zum inneren Ausbau des neuen Staates. Die Ergebnisse waren nicht spektakulär und wurden deshalb lange Zeit unterschätzt, sie waren aber weitreichend: Sie bedeuteten den „Durchbruch der bürgerlichen Gesellschaft“ und setzten eine ungeheure wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik in Gang.<sup>70</sup>

Bennigsen war dabei nicht unbedingt die treibende Kraft, aber er legte den treibenden Kräften in seiner Fraktion vor allem vom linken Flügel keine Steine in den Weg. Im Gegenteil, gerade weil die nationalliberale Fraktion durch ihre Größe eine hohe Heterogenität aufwies, sah er seine innerparteiliche Hauptaufgabe in der Stützung des Zusammenhalts und suchte eine Mittelposition einzunehmen.<sup>71</sup> Auch in anderer Hinsicht war Bennigsen vor allem flankierend aktiv, was aber manchmal entscheidend war: Als unumstrittene Führungsfigur der Nationalliberalen führte er die häufig schwierigen Verhandlungen, um mit dem eigentlichen Machthaber zu Übereinkünften zu kommen. An Bismarcks herausragender Stellung im politischen System hatte sich nach 1871 nichts geändert, im Gegenteil. Das erkannte Bennigsen ohne Zögern an. Noch zwei Jahrzehnte später, nach vielen, auch frustrierenden Erfahrungen mit dem nunmehrigen Altreichskanzler, der zeitweise auch sein Nachfolger im Wahlkreis war, sprach er von Bismarck als einem „genialen Staatsmann“.<sup>72</sup> Er suchte durchaus erfolgreich eine vertrauensvolle Basis zu diesem aufzubauen, wobei auch die gemeinsame (klein-)adlige Herkunft dazu beigetragen haben dürfte: „Er

68 So Bennigsen 1894 bei Kiepert: Bennigsen-Feier (wie Anm. 28), S. 13; vgl. Pohl: Die Nationalliberalen (wie Anm. 18), S. 110.

69 So der Titel der verdienstvollen Arbeit von Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18). Der Begriff findet sich schon bei Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: (wie Anm. 53), S. 362.

70 Nipperdey: Deutsche Geschichte. Bd. 2 (wie Anm. 53), S. 363; vgl. auch Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 195.

71 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 248, 252 f., sowie James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus 1770–1914. Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg. München 1983 (engl. Originalausgabe Chicago 1978), S. 235.

72 Zitiert bei Kiepert: Die Bennigsen-Feier (wie Anm. 28), S. 15.

war vor allem der Diplomat der Fraktion hinter den Kulissen. Er war der Vertrauensmann Bismarcks in seiner Partei.<sup>73</sup>

Bis Ende der 1870er Jahre erwies sich Bennigsen's Agieren nicht nur aus nationalliberaler Perspektive gewinnbringend. Doch schon Mitte dieses Jahrzehnts änderten sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dreierlei Hinsicht. Zunächst führte der auch von Bennigsen unterstützte Kulturkampf<sup>74</sup> gegen den Ultramontanismus keineswegs zur Schwächung des politischen Katholizismus, stattdessen stieg die Zentrumspartei schon 1874 zu einer echten Konkurrenz um die politische Führungsrolle auf. Bismarck suchte sich seinerseits aus seinem faktischen Angewiesensein auf die Nationalliberalen als parlamentarische Mehrheitsbeschaffer zu befreien, indem er diese durch Absprengung des linken Flügels zu schwächen und damit zu domestizieren beabsichtigte. Schließlich ging das langanhaltende exorbitante Wirtschaftswachstum mit dem sogenannten „Gründerkrach“ von 1873 zu Ende, was vor allem psychologisch gravierende Folgen hatte: Der Glaube an den Wirtschaftsliberalismus wurde schwer erschüttert; allenthalben bildeten sich Interessengruppen, die nach staatlichem Eingreifen und Schutz ihrer Interessen verlangten.<sup>75</sup> Beides musste sich zwangsläufig besonders auf die heterogene Nationalliberale Partei auswirken, die gerade nicht Vertretung bestimmter sozio-ökonomischer Interessen sein wollte.

Doch zunächst einmal schien sich noch ein Weg vom „Vorhof“ ins Zentrum der Macht aufzutun: Bismarck bot Bennigsen einen zentralen Posten im preußischen Kabinett und ggf. auch einen Umbau der Reichsexekutive in Richtung eines Regierungskollegiums an. Bennigsen, dessen genaue Motive mangels Eigenquellen im Dunkeln bleiben,<sup>76</sup> hielt erkennbar an seiner bisherigen Linie fest und war nur dann zu einem Wechsel auf die Seite der Exekutive bereit, wenn dies zugleich für zwei weitere Nationalliberale galt, den westfälischen Altpreußen Max von Forckenbeck und den Münchner Abgeordneten Franz August Schenk von Stauffenberg. Beide waren wie Bennigsen adlig, zugleich aber bekannte Vertreter des linken Parteiflügels. Mit dieser Bedingung zeigte sich Bennigsen gewiss „loyal gegen seine Partei, wenn er sie nicht um des eigenen Ehrgeizes willen sprengte“, so

73 Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 252.

74 Vgl. ebd., S. 235, 241, 245.

75 Vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1990, S. 284 f., sowie ders.: Deutsche Geschichte. Bd. 2 (wie Anm. 53), S. 387–391.

76 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 246; Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 252.

sein Biograph Hermann Oncken.<sup>77</sup> Aber es musste ihm klar sein, dass dies bei Bismarck kaum und bei dem nicht ganz unwichtigen Staatsoberhaupt, der schon gegen den „moderaten“ Bennigsen Bedenken hatte, schon gar nicht durchzusetzen war.<sup>78</sup> Dennoch zogen sich die Verhandlungen mit dem lange Zeit fernab von Berlin weilenden Reichskanzler über Monate hin, wobei es auch um einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ging; nicht zuletzt hieran scheiterten sie Anfang 1878. In der Forschung ist später – vermutlich zurecht – immer wieder Bennigsen zu viel Gutgläubigkeit gegenüber einem Regierungschef attestiert worden, der nun gerade nicht für eine gradlinig-prinzipienfeste Politik bekannt war.<sup>79</sup> Danach war sein Vertrauen in Bismarck zumindest angeknackst, was aber spätere Huldigungen an den Alt-Reichskanzler nicht verhinderte, obwohl der in seinen „Erinnerungen“ gerade die „Ministerkandidatur“ sehr zum Missfallen Bennigsons darstellte.<sup>80</sup> Auch die Frage, ob es sich dabei um eine verpasste Chance handelte, die den liberalen Einfluss hätte stärken und die Parlamentarisierung vorantreiben können, wird inzwischen eher abschlägig beantwortet.<sup>81</sup>

In jedem Fall markierte der gescheiterte Regierungseintritt die entscheidende Wende, genauer gesagt das Ende der „Liberalen Ära“. Das hatte sich schon vorher bei den Reichstagswahlen von 1877 angedeutet, bei der die Nationalliberalen nur ein Zehntel ihres Wähleranteils, aber fast ein Fünftel ihrer Mandate verloren.<sup>82</sup> Dabei war zwar die liberale Mehrheit im Reichstag verloren gegangen, aber solange die Zentrumspartei „kulturkampf-bedingt“ als nicht koalitionsfähig galt, war auch keine Mehrheitsbildung gegen die Liberalen möglich, wie sich am Schicksal des ersten Sozialisten gesetzes zeigte. Bei dieser Gelegenheit hielt Bennigsen eine seiner besten Reden im Reichstag:

77 Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 335 f.

78 Vgl. Gall: Bismarck (wie Anm. 17), S. 559; Pflanze: Bismarck (wie Anm. 17), S. 386 f.; Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 253; Nonn: Bismarck (wie Anm. 17), S. 241 f.

79 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 343; Gall: Bismarck (wie Anm. 17), S. 551; Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 254.

80 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 359 f.; Kiepert: Die Bennigsen-Feier (wie Anm. 28), S. 19, 25, 78, sowie Brosius: Bennigsen (wie Anm. 13), S. 157.

81 Biefang: Andere Seite (wie Anm. 60), S. 30 f.; etwas schwankend Naumann: Bennigsen (wie Anm. 5), S. 614; Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 336 f., 358; und Nipperdey: Deutsche Geschichte. Bd. 2 (wie Anm. 53), S. 325, 394; vgl. auch Gerhard Gizler: Warum gerade Bennigsen? In: Der Nationalliberalismus (wie Anm. 14), S. 7–17, hier S. 13; anders jetzt Lauterbach: Liberales Denken (wie Anm. 18), S. 264 f.

82 Übersicht für die Zeit 1871–1890 bei Nipperdey: Deutsche Geschichte. Bd. 2 (wie Anm. 53), S. 315.

„Wir wollen, meine Freunde und ich, den Versuch machen, auch auf diesem Gebiete die bürgerlichen Freiheiten mit fester Ordnung und energischer Verwaltung zu vereinigen auf dem Boden des für alle gleichen Rechts. Wir weisen den Gedanken zurück, daß man, solange nicht alles versucht ist und vergeblich versucht ist, zu Ausnahmeregeln greift, zu Maßregeln, welche Hunderttausend deutscher Mitbürger betreffen würden.“<sup>83</sup>

Es waren dann einige unerwartete Ereignisse, worauf jüngst noch einmal Christoph Nonn hingewiesen hat,<sup>84</sup> wie zunächst der Tod von Papst Pius IX. und dann vor allem das zweite Kaiserattentat, bei dem Wilhelm I. schwer verletzt wurde, die die innenpolitische Szenerie grundlegend veränderten. Die hauptsächlichen Leidtragenden waren die Nationalliberalen, die aber auch das Ihrige dazu beitrugen. Denn die innerparteilichen Differenzen brachen nun in mehrfacher Hinsicht auf. Bennigsen zitierte Rede vom 24. Mai 1878 manifestierte vorerst zum letzten Mal die Geschlossenheit der Nationalliberalen als größter Fraktion im Reichstag.

Schon in der von Bismarck unmittelbar darauf absichtlich herbeigeführten Neuwahl des Reichstags sahen sich diese einem starken Gegenwind ausgesetzt, indem allenthalben Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie und zugleich finanzpolitische Schutzmaßnahmen für vermeintlich „kränkelnde“ Branchen, insbesondere die Landwirtschaft, gefordert wurden. Dem hatten die Nationalliberalen wenig entgegenzusetzen, vielmehr gingen die Meinungen über den Kurs nun weit auseinander.<sup>85</sup> Das Ergebnis war ein weiterer Stimmen- und vor allem Mandatsverlust um mehr als ein Viertel; die Fraktionsstärke lag nur noch knapp über der Zentrumspartei. Bennigsen selbst war doppelt gewählt worden und gab den zweiten Wahlkreis im braunschweigischen Holzminden an den in München durchgefallenen Stauffenberg ab, suchte also zu diesem Zeitpunkt noch den linken Parteiflügel zu stärken. Anlässlich der Nachwahl hielt er sogar erstmals selbst eine Wahlrede.<sup>86</sup>

Danach setzte Bennigsen Zeichen für eine politische Neuausrichtung eher nach rechts, indem er dafür sorgte, dass die Neuauflage des Sozialtengesetzes mit Zustimmung seiner Fraktion den Reichstag passierte, was in der Forschung als „Umfall“ oder „Kapitulation“ gewertet worden ist.<sup>87</sup>

83 Zitiert nach Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 366; zur Bewertung der Rede vgl. ebd., S. 361.

84 Nonn: Bismarck (wie Anm. 17), S. 243 f.

85 Ausführlich dargestellt bei Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 277–290.

86 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 378. Stauffenberg wurde auch gewählt.

87 Gall: Bismarck (wie Anm. 17), S. 572; Nipperdey: Deutsche Geschichte. Bd. 2 (wie Anm. 53), S. 399; Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 303.

Aber dieses Zugeständnis an Bismarck verhinderte weder das Auseinanderfallen der Partei noch Bismarcks Suche nach neuen Mehrheiten, bei der er die Schutzzölle als Hebel nutzte und nebenbei noch den Kulturkampf beilegte, wo die Liberalen beiderlei Observanz stark engagiert gewesen waren. Im Spätsommer 1878 sah Bennigsen die „Lage“ seiner Partei „sehr schwierig“.<sup>88</sup> Und diese wurde nicht besser, als Bismarck ein knappes Jahr später die finanz- und zollpolitische Wende mit Hilfe von Konservativen und Zentrumspartei gegen heftigen Widerstand der Nationalliberalen durchsetzte, was zu einem ersten Auszug von rechten Nationalliberalen aus der Fraktion führte.<sup>89</sup> Aber auch den linken Parteiflügel um Lasker konnte Bennigsen nicht mehr bei der Stange halten, so sehr er sich darum bemühte. Als er signalisierte, dass er sich aus außenpolitischen Gründen eine Verlängerung des siebenjährigen Militäretats („Septennat“) vorstellen konnte, kam es im März 1880 zur „Sezession“ vor allem von „altpreußischen“ Abgeordneten aus Partei und Fraktion.<sup>90</sup>

Bereits sechs Monate zuvor hatte sich Bennigsen mit seinem großen Projekt gescheitert gesehen, „diese große, alle deutsche Landschaften umfassende gemäßigtliberale Partei zu bilden und zu erhalten“.<sup>91</sup> Obwohl die Entwicklung der nächsten Zeit diese Einschätzung nur allzu bestätigte, tat er sich schwer mit einem schon damals erwogenen Rückzug aus der Politik: Er kandidierte 1879 erneut zum preußischen Abgeordnetenhaus, wo er aber nicht mehr zum Präsidenten wiedergewählt wurde,<sup>92</sup> ebenso zwei Jahre später zum Reichstag. Auch dabei erzielte er ein Mandat, musste aber als nationalliberale Galionsfigur eine schwere Niederlage verantworten: Der nationalliberale Stimmenanteil ging um ein Drittel zurück, der Mandatsanteil wurde mehr als halbiert, wovon vor allem die bisherigen Linksliberalen und die ehemaligen Nationalliberalen, die als „Liberale Vereinigung“ kandidierten, profitierten.<sup>93</sup> Die von letzterer schon im Namen propagierte Hoffnung auf eine Vereinigung aller liberalen Kräfte teilte Bennigsen nicht, auch wenn er weiterhin freundschaftliche Kontakte zu einigen der Abtrünnigen wie Heinrich Rickert und Theodor Mommsen pflegte.<sup>94</sup> Stattdessen rückte

88 An Emanuel Lasker, 25.8.1878, zitiert nach Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 387.

89 Vgl. zuletzt Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 326–331.

90 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 426–429.

91 An einen Wahlkreis-Vertrauensmann, 7.8.1879, zitiert nach Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 419.

92 Vgl. ebd., S. 423.

93 Vgl. neben der Übersicht bei Nipperdey: Deutsche Geschichte. Bd. 2 (wie Anm. 53), S. 315 die Tabelle 14.2 bei Sheehan: Liberalismus (wie Anm. 71), S. 247.

94 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 443–448.

sein Kurs erkennbar näher an Bismarck und die Konservativen, da, wie er auf einer Landesversammlung im September 1880 erklärte, „der Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen in manchen, auch wichtigen Punkten abgeschwächt [ist] und sich auf anderen Wegen bewegt als vor 1866“.<sup>95</sup>

Da sich aber auch auf diesem Wege weder das alte Verhältnis zu Bismarck herstellen noch eine entscheidende Rolle im parlamentarischen Betrieb zurückgewinnen ließ, zog Bennigsen dann doch Mitte 1883 die Konsequenzen und gab bis auf die Landesdirektion in Hannover alle politischen Mandate und Ämter auf. Sein faktischer Nachfolger im Parteivorsitz, Johannes (von) Miquel, brachte die Partei schließlich auf einen klaren Rechtskurs.<sup>96</sup> Bennigsens politische Karriere drohte nach über einem Vierteljahrhundert eher sang- und klanglos zu Ende zu gehen; zweifellos markierte sein Rückzug den endgültigen Ausgang der großen Zeit des Nationalliberalismus.

## *V. Comeback auf nationaler Bühne unter konservativen Vorzeichen*

Das Comeback Bennigsens ließ aber keine vier Jahre auf sich warten. In Hannover ging man von Anfang an von einem allenfalls vorübergehenden Rückzug aus und in der Tat unterstützte Bennigsen schon bei der Reichstagswahl 1884 seine Partei öffentlich.<sup>97</sup> Mit seiner erfolgreichen Reichstagskandidatur kehrte er 1887 auf die politische Bühne zurück, jetzt im benachbarten Wahlkreis Stade-Bremervörde gewählt, den er selbst für sicherer als seinen alten hielt.<sup>98</sup> Im Zeichen der vom nationalliberal-konservativen „Kartell“ bestimmten Wahl erlebten die Nationalliberalen eine halbe Renaissance und wurde Bennigsen nochmals – ganz knapp vor dem Zentrum – Vorsitzender der stärksten Fraktion.<sup>99</sup>

95 Zitiert nach ebd., S. 449.

96 Vgl. Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung (1878–1893). Köln u.a. 2002, S. 265–268. Im an sich sehr verdienstvollen Nachschlagewerk von Bernd Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags. Ein biographisches Handbuch. Münster 2004, S. 66, werden widersprüchliche Angaben gemacht, ob Bennigsen nicht weiterhin als Vorsitzender des Zentralvorstandes amtierte, dem er aber für einige Jahre andererseits gar nicht angehörte.

97 Vgl. Kieseritzky: Liberalismus (wie Anm. 96), S. 173 f. mit Anm. 107, 298, sowie Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 513, 516.

98 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 535; aber auch sein alter Wahlkreis blieb in nationalliberaler Hand, vgl. Haunfelder: Handbuch (wie Anm. 96), S. 459.

99 Vgl. die Tabelle 14.6 bei Sheehan: Liberalismus (wie Anm. 69), S. 254.

Welche Motive ihn zu dieser Rückkehr antrieben, ist schwer zu sagen; Hoffnungen, dass ein Thronwechsel eine pro-liberale Stimmung erzeugen könnte, dürften es weniger gewesen sein, obwohl er durchaus Kontakte zum als liberal geltenden Kronprinzen Friedrich Wilhelm hatte. Aber als dessen herausragenden „Vertrauensmann“ sieht ihn sein Biograph nicht.<sup>100</sup> Immerhin bekam er nach dem Thronantritt Friedrichs III. den Roten Adlerorden Erster Klasse. Noch größer war jedoch die Auszeichnung kurz darauf nach dem erneuten Thronwechsel: Im Sommer 1888 wurde Bennigsen zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ernannt, was vom neuen Throninhaber Wilhelm II. kaum als Beginn einer neuen liberalen Ära, sondern vielmehr als verstärkte Einbindung der Nationalliberalen in die konservativ-liberale Kartell-Koalition gemeint war.<sup>101</sup>

Als gewissermaßen oberster Repräsentant der „Eroberer“ von 1866 in seiner Heimat war natürlich an eine liberale Opposition im Reichstag gegen die von Preußen dominierte Reichsexekutive nicht so richtig zu denken. Bennigsen Kurs wäre aber auch ohne diesen Hintergrund kein anderer gewesen. Bei einem Festkommers zu seinem siebzigsten Geburtstag betonte er rückblickend: „Also die Einheit war für uns das Wesentlichste, die Freiheit, so bedeutend und wichtig sie war, kam erst in zweiter Linie.“ Der dahintersteckende Gedanke war wohl nicht von ungefähr im Präsens verfasst: „Lieber stellen wir die Freiheit erst noch einmal zurück hinter die Aufgaben des Nationalstaates, denn das sind die entscheidenden, darin liegen die Gefahren für Deutschland, an denen wir jeden Augenblick noch wieder zu Grunde gehen können.“<sup>102</sup>

Damit begaben sich Bennigsen und seine Mitstreiter in starke Abhängigkeit von der Außenpolitik Bismarcks und seiner Nachfolger bzw. von der Art und Weise, wie die Regierung die außenpolitische Situation auffasste. Dementsprechend hatte Bennigsen Bismarcks Außenpolitik beginnend mit der Luxemburg-Krise mehr oder minder bedingungslos mitgetragen, erst mit dem wilhelminischen Imperialismus kamen ihm Zweifel. Die Anfänge des Kolonialismus hatte er noch durchaus unterstützt.<sup>103</sup>

So sehr Bennigsen in vielen Fragen an die Konservativen heranrückte, die Unterschiede wollte er nicht gänzlich verwischen und eine möglicher-

<sup>100</sup> Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 91–97, 537.

<sup>101</sup> Vgl. Brosius: Bennigsen (wie Anm. 13), S. 9–11; vgl. auch Oncken: von Bennigsen (wie Anm. 23), S. 286.

<sup>102</sup> Zitiert nach Kiepert: Bennigsen (wie Anm. 12), S. 177.

<sup>103</sup> Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 304, 336, 426 f., 610 f., sowie Kieseritzky: Liberalismus (wie Anm. 96), S. 386 mit Anm. 36.

weise von Bismarck gewünschte Fusion lehnte er strikt ab.<sup>104</sup> Stattdessen stellte er die Differenzen zu diesen und manche Gemeinsamkeit mit den Linksliberalen vor allem in den 1890er Jahren hin und wieder heraus und das durchaus mit Folgen wie bei der versuchten Revision der preußischen Volksschulgesetze 1892.<sup>105</sup> Wir wissen nicht, wie sehr er Bismarcks Abgang von der politischen Bühne bedauert hat,<sup>106</sup> jedenfalls kritisierte er später harsch die geringe Neigung der Reichstagsmehrheit, zum achtzigsten Geburtstag des Reichsgründers eine „gerechte historische Würdigung einer großen Persönlichkeit“ vorzunehmen.<sup>107</sup> Aus Anlass des 25. Jahrestages der Reichsgründung stellte er fest: „Freilich haben auch nicht alle Nationen einen solchen Gegenstand für ihre Verehrung und Dankbarkeit, wie wir an Otto von Bismarck!“<sup>108</sup>

Es scheint, dass Bennigsen sich ab 1890 wieder stärker auf seine politischen Anfänge zurückbesann. Von der späteren Berufung auf 1848 war schon einleitend die Rede, ebenso vom Appell an seine Gesinnungsgenossen während der Geburtstagsehrungen 1894, an die damalige politische Bewegung anzuknüpfen. Insofern war es schon etwas „hinterfotzig“ von August Bebel, just am 18. März 1898 Bennigsen im Reichstag frontal anzugehen, indem er den verbliebenen „Männer(n) des Nationalvereins“ gewissermaßen Verrat an den Idealen von 1848 vorwarf und nun die Sozialdemokratie als „die einzige Verteidigerin dieser bürgerlichen Revolution“ hinstellte.<sup>109</sup> Bennigsen reagierte umgehend und für seine Verhältnisse recht leidenschaftlich. Dabei schlug er eine Argumentationslinie ein, die nicht nur die Sicht vieler Nationalliberaler auf 1848 bestimmte, sondern im 20. Jahrhundert liberales „Allgemeingut“ wurde: Der begrüßenswerte und positive Ansatz von 1848 liege im „Parlament in Frankfurt, welches, zusammengesetzt aus den besten Kräften der ganzen Nation, den ersten ernsthaften Versuch gemacht hat, die Umgestaltung von Deutschland herbeizuführen“.<sup>110</sup> „Die Straßenkämpfe in Berlin“ seien dagegen „nur eine

104 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 449, 533, 539.

105 Vgl. ebd., S. 558–563; Brosius: Bennigsen (wie Anm. 13), S. 137 f.

106 Eine kurze Erwähnung über eine Unterredung mit dem „alten selbstherrlichen Kanzler“, dem er offenbar keine lange Amtszeit mehr zuzubilligen schien, im Schreiben an J. Miquel, 18.2.1890, siehe hierzu Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 548 f.

107 Kiepert: Bennigsen (wie Anm. 12), S. 190 f.

108 Zitiert nach Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 597.

109 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. IX. Legislaturperiode. V. Session 1897/98, 2. Band, S. 1605 f., Zitate S. 1605.

110 Ebd., S. 1606. Zur liberalen Rezeption von 1848 vgl. demnächst Jürgen Frölich: „Uns Nachfahren der Männer von 1848“. Zum Umgang mit der Revolution von 1848 im deutschen Nachkriegsliberalismus. In: Birgit Bublies-Godau u.a. (Hrsg.): Die Modernität von 1848. Bielefeld 2025.

peinliche Episode gewesen.“<sup>111</sup> Im gleichen Atemzug verteidigte Bennigsen auch seine Unterstützung für die eigentlichen „Schöpfer des Deutschen Reiches“ Wilhelm I. und Bismarck und sah keinen anderen Weg dahin als den kriegerischen, da die Idee des Völkerfrühlings schon 1848 nicht getragen habe.<sup>112</sup> Es war eine seiner letzten Plenarinterventionen, da die Legislaturperiode sieben Wochen später endete und der fast 74-Jährige nicht mehr kandidierte.

Kurz zuvor hatte er auch in anderer Weise an seine liberalen Wurzeln öffentlich erinnert und gewissermaßen auf einen neuen liberalen Aufbruch gehofft. Anlässlich einer handelspolitischen Debatte, die auch die Beziehungen zur Schweiz betraf, deren soziale Struktur von Bennigsen als vorbildlich angesehen wurde,<sup>113</sup> wies er auf die große Bedeutung liberaler Ideen und Prinzipien in der Zeit der Reichsgründung hin. Dieses „historische gewachsene Gemeingut von ganz Westeuropa“ sei auch am Ende des 19. Jahrhunderts wirksam.<sup>114</sup> Es war diese Passage, die als verdeckte Kritik an dem Versuch einer konservativen Wende in der Bildungspolitik verstanden wurde, vor allem weil sie mit der Hoffnung auf eine gewisse liberale Renaissance verbunden war: „Das liberale Bürgertum in Stadt und Land, die liberalen Anschauungen haben einen Anspruch auf größere Geltung, als sie [sie] zur Zeit besitzen.“<sup>115</sup> Die Voraussetzung dafür sah er in einer Abschwächung der wirtschaftspolitischen Gegensätze zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern, wodurch „sich jetzt bekämpfende liberale Gruppen und Männer einander wieder nähertreten [könnten] aus Gründen, welche nicht auf materiellem Boden liegen, sondern auf anderen Gebieten, wo es sich um ideelle Güter, nicht um materielle Interessen handelt“<sup>116</sup>

Diese für Bennigsen Liberalismus-Verständnis sehr bezeichnende Hoffnung sollte sich nicht so schnell erfüllen; unmittelbare liberale „Wiederannäherungen“ scheiterten an der Intransigenz des rechten Flügels der eigenen Partei und der „Splendid Isolation“ des linksliberalen Frontmanns Eugen Richter.<sup>117</sup> Erst 15 bzw. 20 Jahre später, in der Ära Friedrich Naumanns, schwächten sich die gegenseitigen Animositäten im liberalen Lager

111 Stenographische Protokolle 1897/98 (wie Anm. 109), S. 1607.

112 Vgl. ebd.

113 Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. VIII. Legislaturperiode. I. Session 1890/92, 6. Band, S. 3819.

114 Ebd., S. 3823.

115 Ebd.

116 Ebd., S. 3822.

117 Vgl. Kieseritzky: Liberalismus (wie Anm. 96), S. 393.

ab.<sup>118</sup> Da weilten sowohl Eugen Richter als auch Rudolf von Bennigsen nicht mehr unter den Lebenden.

## *VI. Kein „deutscher Gladstone“, aber eine gesamtliberale Symbolgestalt*

Es ist bislang noch nicht systematisch untersucht worden, ob auch Eugen Richter, der knapp dreieinhalb Jahre nach Bennigsen starb, ähnliche „gesamtliberale“ Nachrufwürdigungen erhalten hat wie dieser. Es erscheint zweifelhaft, weil Richter eher für das „Rückzugsgefecht des deutschen Liberalismus“ stand und eher als „rechnender Fraktionspolitiker“ und weniger als Streiter für die „Einheit der Linken“ galt.<sup>119</sup>

Das war bei Bennigsen ganz anders, symbolisierte er doch sowohl den gesamtliberalen Aufbruch der späten 1850er Jahre als auch die große Zeit des Nationalliberalismus in den folgenden beiden Jahrzehnten. Warum gerade er, kann man mit Recht fragen? Sicherlich spielte die Herkunft als norddeutsch-adliger Nichtpreuße eine gewichtige Rolle, die ihn als Vorsitzenden des Nationalvereins sehr geeignet erschienen ließ. Aber man musste diese präsidiale Rolle auch ausfüllen und das tat er unter sehr verschiedenen Vorzeichen bis zum Ende seiner politischen Karriere.<sup>120</sup>

Andererseits war seine Herkunft auch eine Bürde für Bennigsen, gerade unter hannoverscher Perspektive. Die Zeit des „Adelsliberalismus“ war nicht nur in Preußen mit dem Scheitern der „Neuen Ära“ und dem Aufkommen der Fortschrittspartei zu Ende, wiewohl es dort mit Max von Forckenbeck, Leopold von Hoverbeck und anderen durchaus Adlige gab.<sup>121</sup> In Hannover war Bennigsen Liberalismus für seine Standesgenossen äu-

<sup>118</sup> Vgl. Jürgen Frölich: Muster England? Friedrich Naumann und der „organisierte Liberalismus“. In: Ders./Ewald Grothe/Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Fortschritt durch sozialen Liberalismus. Politik und Gesellschaft bei Friedrich Naumann. Baden-Baden 2021, S. 201–219, hier S. 208–210.

<sup>119</sup> Friedrich Naumann: Eugen Richter †. In: Theodor Schieder (Hrsg.): Friedrich Naumann – Werke. Politische Schriften. Bd. 5: Schriften zur Tagespolitik. Köln/Opladen 1967, S. 373–376, Zitate S. 374, 375. „Linke“ meinte für Naumann zu diesem Zeitpunkt den „Gesamtliberalismus“ von den Nationalliberalen über die Linksliberalen bis zu den Sozialdemokraten, vgl. Frölich: Muster England (wie Anm. 118), S. 202–204.

<sup>120</sup> Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 251, Andreas Biefang: Bismarcks Reichstag. Das Parlament in der Leipziger Straße. Düsseldorf 2002, S. 31 mit Abb. 46 und 222 f.

<sup>121</sup> Zur „Neuen Ära“ vgl. Gall: Bismarck (wie Anm. 16), S. 185–187, 218 f.; für Großbritannien Evans: Jahrhundert (wie Anm. 64), S. 774.

ßerst befremdlich, entsprechend isoliert war er später unter diesen.<sup>122</sup> Es spricht für Bennigsen, dass er dennoch an seinen Überzeugungen festhielt. Letztlich kam er auch nicht umhin, den Kern des Liberalismus im Bürgertum, genauer gesagt im „gebildeten Bürgertum“ zu sehen, das mit Hilfe des organisierten Liberalismus „berufen“ sei, „an der Leitung der Geschicke Deutschlands mitzuwirken“.<sup>123</sup>

Auch dieser Satz ist bezeichnend für Bennigsen's Liberalismus-Verständnis. Zusammen mit der Reichstags-Rede von Anfang 1892 lassen sich die tragenden Elemente gut herausarbeiten: Liberalismus konstituierte sich für ihn aus „vernunftgeprägten“ Ideen, nicht aus materiellen Interessen. Und diese freiheitlichen Ideen sollten mit den Belangen des Staates in Einklang gebracht, nicht diesem ohne weiteres aufgepropft werden. Er verfolgte, so sein Biograph Oncken, den „mittleren Weg eines Ausgleichs zwischen den Bedürfnissen des historischen Staates und den Idealen des Liberalismus“.<sup>124</sup> Dieser „mittlere Weg“ konnte unter Umständen mehr oder minder klare Opposition bedeuten wie in Hannover nach 1856 oder auch z. T. in den 1890er Jahren. Verglichen mit dem Fortführen des bisherigen Oppositionskurses bei der Fortschrittspartei war er die vielversprechendere Antwort auf die politischen Umwälzungen Mitte der 1860er Jahre. Aber er hatte Tücken, wenn Konflikte zwischen den vornehmlichen Zielen dieses „mittleren Weges“ auftauchten. Bennigsen traf dann eine klare Priorisierung: Wie etwa auf der hier des Öfteren zitierten Festveranstaltung von 1894 beschwore er wiederholt den Vorrang der Einheit vor der Freiheit und warnte vor den „Gefahren“, „welche unsere schwer errungene Einheit und Machtstellung bedrohen“, wobei dies keineswegs nur außenpolitisch gemeint war.<sup>125</sup>

Diese Wertung teilte nicht jeder im liberalen Lager, insofern dürften die Hoffnungen auf die „Wiedervereinigung“ von National- und Linkoliberalen unter solchen Auspizien doch gering gewesen sein. Es erscheint in der Gesamtschau als Problem, dass die Neigung zu einer solchen Priorisierung in Bennigsen's politischer Vita ab Mitte der 1870er Jahre erkennbar zunahm, insbesondere nach der Aufspaltung der Nationalliberalen ab 1878. Auch sein ihm durchaus wohlwollender Biograph misst deshalb der zweiten Phase von Bennigsen's Wirken als Reichstagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender explizit geringere Bedeutung bei als der ersten.<sup>126</sup>

122 Oncken: von Bennigsen (wie Anm. 23), S. 272; Dieter Brosius: Bennigsen und Hannover. In: Der Nationalliberalismus (wie Anm. 14), S. 41–57, hier S. 46.

123 Zitiert nach Kiepert: Bennigsen (wie Anm. 12), S. 179.

124 Oncken: Bennigsen, Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 455.

125 Zitiert nach Kiepert: Bennigsen-Feier (wie Anm. 28), S. 11 f., Zitat S. 11.

126 Oncken: Bennigsen, Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 536.

Aber auch in dieser Zeit war er unzweifelhaft der „Grandseigneur der Nationalliberalen“<sup>127</sup> trotz und vielleicht auch gerade wegen seines ihm vielfach konstatierten eher distanziert-unterkühlten Auftrittens.<sup>128</sup> Diese antibürgerliche Attitüde ging so weit, dass Bennigsen 1881 einen Parlamentskollegen wegen Beleidigung zum Duell forderte, was dann glücklicherweise nicht zustande kam.<sup>129</sup> Zweifellos tat sich Bennigsen, wie viele andere Liberale, mit der zunehmenden Massenpolitisierung schwer, wie beispielsweise seine zitierten Ausführungen zu 1848 belegen.<sup>130</sup> Dennoch stand er am Ende des 19. Jahrhunderts ebenso zweifelsfrei parteiüberschreitend im liberalen Lager für eine andere, bessere Zeit, als noch Honoratioren die Politik bestimmten und der Liberalismus weit einflussreicher zu sein schien.

Hier liegen auch die auffälligsten Unterschiede zum wenig älteren William Ewart Gladstone.<sup>131</sup> Beide hatten ein ähnliches, eher elitäres Liberalismus-Verständnis, aber Gladstone war in höherem Alter noch bereit, sich auf die Massenpolitisierung einzustellen und sie in den Dienst der liberalen Sache zu nehmen, durch Massenagitation und Organisationsausbau. Davon war Bennigsen weit entfernt, hielt an der Zugkraft der Ideen und des rationalen Diskurses fest und ließ sich nur sehr ungern auf Wahlkampf ein, bevorzugte eher das persönliche Gespräch. Selbst wenn die politischen und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland andere, näher den britischen gewesen wären, hätte er wohl niemals ein „deutscher Gladstone“ werden können. Es ist auch nicht klar, ob dieser oben angeführte Gedanke Friedrich Naumanns irgendwie ernst gemeint war und wenn ja, worauf er anspielte: die Zeit des Nationalvereins oder die der vergeblichen Ministerkandidatur 1878?

Und dennoch markiert Bennigsen für Deutschland den Peak eines damals durchaus auf der Höhe der Zeit stehenden Honoratiorenliberalismus,<sup>132</sup> der doch über zwei Jahrzehnte eine erhebliche, wenn auch häufig nur indirekte Durchsetzungskraft entwickelte, ohne die Bismarck sein

127 Biefang: Reichstag (wie Anm. 120), S. 31.

128 Vgl. Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 613; Biefang: Andere Seite (wie Anm. 62), S. 202.

129 Oncken: Bennigsen. Bd. 2 (wie Anm. 10), S. 462–465. Ein Bruder und ein Sohn kamen bei solchen Zweikämpfen um Ehrenstreitigkeiten ums Leben, vgl. ebd., S. 637.

130 Vgl. auch Kieseritzky: Liberalismus (wie Anm. 96), S. 478.

131 Vgl. die zusammenfassende Charakterisierung bei Evans: Jahrhundert (wie Anm. 64), S. 774–782, speziell ebd., S. 775 f.

132 Vgl. Biefang: Politisches Bürgertum (wie Anm. 15), S. 429 f. Dieser sieht in ihm nolens volens einen Berufspolitiker, was angesichts der Belastungen und langen Abwesenheit von der Heimat sowie dem Amt des Oberpräsidenten trotz des anderen Selbstverständnisses sicher zutrifft, vgl. ders.: Andere Seite (wie Anm. 62), S. 175.

Einigungswerk nicht hätte durchführen können. Zweifellos hatten nicht nur Bismarck und sein Kanzleramtschef Rudolph von Delbrück, sondern auch die Nationalliberalen unter der umsichtigen und integrierenden Führung von Rudolf von Bennigsen großen Anteil daran, dass Deutschland neben einer eigentlich den Parlamentarismus nicht völlig ausschließenden Verfassung<sup>133</sup> auch „in kürzester Zeit die modernste Wirtschafts- und Sozialverfassung im damaligen Europa erhielt“.<sup>134</sup> Dieser „gewaltige Fortschrittssprung, der das Leben der Menschen in vielen Bereichen gewaltig veränderte“<sup>135</sup> – was selten den Urhebern politisch zu Gute kommt, wie man auch in jüngster Zeit erleben konnte –, war sicherlich kein geringer Verdienst. An diesen wichtigen Beitrag beim Übergang zur Moderne in Deutschland, der sich mit dem Namen des hannoverschen Adligen Rudolf von Bennigsen verbindet, kann man in der politischen Bildung aus liberaler Perspektive und zur liberalen Traditionspflege auch heute noch gut erinnern. Man sollte es natürlich, wie es gute liberale Sitte ist, mit der entsprechenden differenzierenden Abwägung von Aktiva und Passiva in Bennigsen's politischer Wirksamkeit tun, wobei sich vielleicht dann doch die etwas herablassenden Urteile von Linksliberalen wie Naumann und Heuss korrigieren ließen.

133 Vgl. Lauterbach: Vorhof (wie Anm. 18), S. 100; Haardt: Bund (wie Anm. 16), S. 277.

134 Eberhard Kolb: Bismarck. München 2009, S. 80.

135 Dieter Langewiesche: Vorwort. In: Lauterbach: Liberales Denken (wie Anm. 18), S. 5 f., Zitat S. 5.

